



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 0228/24999-0
Telefax: 0228/24999-20

Bank
BIC
IBAN

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

**"Herausforderung Frieden -
Für eine Politik ohne militärische Option"
Referat am 3.9.2016 in Hannover**

im Rahmen der Veranstaltung „Gewaltfrei f d Frieden -
die militärische Logik überwinden“
des AK Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung bewahren
der Konföderation ev. Kirchen Niedersachsens

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst vielen Dank für die Einladung (ggf. kurz zu meiner Position + die AGDF)

Bei dem heutigen Studientag geht es um die Frage, wie grundsätzlich die militärische Logik überwunden werden kann. Mein Referat mit dem Untertitel "Für eine Politik ohne militärische Option" ist daher grundsätzlich angelegt: Wie müsste eine deutsche Politik aussehen, die - ohne auf das mörderische Instrument Militär zurückgreifen zu können - dem Frieden in der Welt dient?

Ich gehe dabei nicht auf die aktuellen Krisen in der Welt ein unter dem Aspekt, was dort eine Politik ohne militärische Gewalt ausrichten oder auch nicht ausrichten kann. Dies ist ein eigenes Thema. Vielleicht besteht bei Interesse nach meinem Referat Zeit, hierüber ins Gespräch zu kommen.

Nicht alle in der AGDF sind Pazifist/innen, manche sind der Ansicht, dass in bestimmten Fällen Militäreinsätze notwendig sein könnten. Unsere Erfahrung ist aber, dass der Ruf der Kirchen nach einer "vorrangigen Option der Gewaltfreiheit" de facto verpufft, weil sich der öffentliche Diskurs vorwiegend um die militärische Option dreht und für die Bundeswehr mit Abstand die meisten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Daher haben wir vor 12 Jahren beschlossen, uns eindeutig für gewaltfreie Konflikttransformation als das Mittel der Wahl einzusetzen - ohne wenn und aber.

Warum ist dies erforderlich:

- Zum einen halten wir es für friedentheologisch und friedensethisch geboten. Die Diskussion, ob die 10 Gebote oder die Bergpredigt realpolitisch tragfähig sind, ist vorgeschoben, solange dies nicht ernsthaft versucht wurde.

- Zum zweiten ist immer wieder festzustellen, dass in Krisensituationen, beispielsweise nach Terroranschlägen oder angesichts von schweren Völker- und Menschenrechtsverletzungen, der Einsatz von Militär gefordert wird. Hierfür gibt es verschiedene Gründe: Es ist vorhanden und kann sofort eingesetzt werden. Und es gibt die Erwartung, dass sich mit dem Einsatz von militärischer Gewalt erfolgreich jegliche Form von Gewalt bekämpfen lässt. Falls Politiker nicht von selbst auf diesen Zug aufspringen, drängen Medien sie zu "schnellem und entschlossenem Handeln".

- Politik hat viel mit Macht zu tun und Militär verspricht die Durchsetzung von Macht auch gegen Widerstände. Ich möchte hier auf das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr verweisen, das Mitte Juli erschienen ist. Im Fokus sind Werte und Interessen Deutschlands, die mit verschiedenen Instrumenten verfolgt werden sollen. Es ist aber mehr als offensichtlich, dass die meiste Aufmerksamkeit und die meisten Ressourcen weiterhin der Bundeswehr gelten.

- Es gibt keine wissenschaftlichen Beweise, dass militärische Interventionen in der Vergangenheit zu einer längerfristigen Gewaltminderung in Krisenregionen beigetragen haben. Und mehr ist von ihnen sowieso unter einer Friedensperspektive nicht zu erwarten. Bewiesen ist allerdings, dass Militäreinsätze erhebliche "unerwünschte Wirkungen" haben, insbesondere für die Zivilbevölkerung.

- Wenn auf die militärische Option grundsätzlich verzichtet wird, ist davon auszugehen, dass sehr viel mehr Ressourcen und Knowhow für gewaltfreie Strukturen und Instrumente eingesetzt werden. Wir brauchen, um Worte von Margot Käßmann zu benutzen, dringend mehr Fantasie für den Frieden. Allein der Erhalt der Bundeswehr und die Beteiligung an dem militärischen Teil der NATO sind gewaltige Ressourcenfresser. M. E. liegen die Stärken Deutschlands aber nicht auf dem Gebiet des Militärs. Vielmehr hat Deutschland langjährige Erfahrungen in der Gestaltung von Versöhnungsprozessen und in der vermittelnden Diplomatie, was international anerkannt wird. Ich erinnere nur an die Versöhnungsprozesse nach dem 2. Weltkrieg und daran, dass Bonn sich zum Sitz von UN-Organisationen gemauert hat. Das Instrument Ziviler Friedensdienst, durch das in Krisenländern des globalen Südens Friedensprozesse unterstützt werden, hat sich in den letzten 16 Jahren bewährt.

Es ist naheliegend, diese Stärken auszubauen. Dies gelingt umso besser, wenn Deutschland nicht wie in Syrien Konfliktpartei ist und zudem nicht die Option hat, sich an militärischen Interventionen zu beteiligen. So ist es bspw. kein Wunder, dass Deutschland im Nahen Osten als Vermittler allgemein akzeptiert wird.

Voraussetzung ist allerdings, dass sich Deutschland von einer egoistischen Machtpolitik verabschiedet. Um auf das Weißbuch zurück zu kommen: Wenn dort eine Prosperität der deutschen Wirtschaft postuliert wird, um den Wohlstand der Bürger/innen zu sichern und zu mehren, wenn politische Ziele ein ungehinderter Zugang zu Ressourcen und sichere Handelswege sind, dann funktioniert dies in der jetzigen Logik nur dadurch, dass die bestehenden ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen aufrecht erhalten werden.

Notwendig ist daher ein Umdenken: Mehr Sicherheit gibt es mittel- und langfristig nur durch mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit und durch eine Weltinnenpolitik, die die Interessen aller Staaten und vor allem der Weltbevölkerung in den Blick nimmt.

Ein solches Umdenken würde dann in einer kohärenten Friedenspolitik Deutschlands münden: Außen-, Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt-, Forschungs- und Entwicklungspolitik müssten sich daran messen lassen, ob sie zu mehr Frieden und Gerechtigkeit in der Welt beitragen oder nicht. Richtet sie mehr Schaden an oder fördert sie Prozesse hin zu einer besseren Welt? Erforderlich ist statt kurzfristiger, an Wahlperioden orientierte Aktivitäten eine langfristige politische Strategie, auf deren Basis die vorhandenen Instrumente und deren Umsetzung kontinuierlich auf den Prüfstand gestellt werden.

Was würde dies für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bedeuten? Welche Schritte stünden an auf dem Weg zur Verwirklichung des Fernziels einer Welt ohne Krieg und Militär. Ich folge dabei der Argumentation von Ute Finckh-Krämer, Kai Burmeister und Stefan Stache im Heft swp 4/2014: Pragmatisch ist es sinnvoller, nicht ein Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und den Austritt aus der NATO an den Anfang zu stellen, sondern zwar sofort umzusteuern, aber schrittweise vorzugehen:

Hierzu gehören der Ausbau der Strukturen und Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung, eine geordnete Beendigung der Auslandseinsätze einschließlich der Prüfung, ob die Bundeswehr sich im Einzelfall, solange ausreichende Ressourcen für ziviles Peacekeeping und Polizeimissionen fehlen, an Beobachtungs- und Waffenstillstandsmissionen der UN oder OSZE beteiligt. Generell müssen die Staaten den VN Mittel für zivile Aktionen und nicht für bewaffnetes Peacekeeping zur Verfügung stellen, regionale Organisationen wie Europarat und OSZE müssen gestärkt werden. Wichtig ist auch, dass das weltweite Wettrüsten beendet und (neue) Abrüstungsprozesse eingeleitet werden.

Was wären nun sofort umsetzbare Forderungen an Bundestag und Bundesregierung im Sinne einer Politik ohne die militärische Option:

- Verbot aller Rüstungsexporte in Länder außerhalb von NATO und EU, auch diese sollten nur Waffen erhalten, wenn sie Menschenrechtstandards einhalten. Keine Hermesbürgschaften mehr für Rüstungsgüter.
- Mehr Finanzmittel für Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung und die Friedensforschung.
- eine internationale Initiative für ein Abkommen zur Ächtung von bewaffneten Drohnen und autonomer Waffen.
- Verzicht von Werbemaßnahmen, die sich an Minderjährige richten, Anhebung des Mindestalters für Zeitsoldaten auf 18 Jahre.
- Hinwirken auf einen Abzug der Atomwaffen aus Büchel
- rasche Verhandlungen einer Nuklearkonvention sowie Unterstützung internationaler Initiativen, die auf eine nuklearfreie Welt abzielen.
- geordnete Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie deren neutrale Evaluierung
- Einsatz für einen Erfolg des internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT).

Bevor ich zum Schluss komme, noch ein kleiner Exkurs zum Thema "zivile Aufgaben, die die Bundeswehr übernimmt oder übernehmen soll". Die Medaille hat zwei Seiten: Zum einen übernimmt die Bundeswehr einige zivile Aufgaben, die an andere Institutionen übertragen werden sollten:

- So befasst sie sich neben dem BND mit der Abwehr von Cyber-Angriffen, was besonders pikant ist, da das Knowhow dann natürlich auch zu (präventiven) Angriffen genutzt werden kann.
- Die Bundeswehr soll im Rahmen eines NATO-Einsatzes Schiffe vor Piratenangriffen schützen, eine klassische Polizeiaufgabe.
- Ihre Rolle im Innern ist ja gerade stark in der Diskussion. Aus meiner Sicht ist es durchaus möglich Polizei oder Technisches Hilfswerk so auszustatten, dass die Bundeswehr hier gar nicht mehr benötigt wird.

Die zweite Seite der Medaille ist eine faktische Legitimation der Existenz und von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wenn der Ratsvorsitzende in Italien bei einem Besuch lobt, dass Marineschiffe Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet hat, so verkennet er zweierlei: Das zum einen hierfür zivile Organisationen zuständig sind und die Bundeswehr diese dabei quasi als "Nebeneffekt ihrer Präsenz" nur unterstützt. Und dass die Bundeswehr im Rahmen des NATO-Einsatzes auch Waffen einsetzen kann und soll, also wahrlich keinen zivilen Auftrag hat. Damit lenkt Bischof Bedford-Strohm gewollt oder ungewollt von der Kernfunktion der Bundeswehr ab: Die Durchsetzung von Anliegen mit Waffengewalt. Alle anderen Funktionen lassen sich anders besser und kostengünstiger erledigen.

Am Ende noch ein paar Stichworte zur Frage, was Kirchen und Friedensorganisationen tun können, damit diese Forderungen in Berlin gehört und hoffentlich dann auch umgesetzt werden. Hierzu gehören:

- Aufklärung beispielsweise anhand des Weißbuches über die sicherheitspolitischen Ziele der Bundesregierung und deren Auswirkungen.
- Durchführung bzw. Beteiligung an Kampagnen wie Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel, gg. Atomwaffen, gegen eine Verlängerung des Mandats für den Bundeswehreinsatz in Syrien sowie allgemein Unterstützung von Aktionen der Friedensbewegung.
- Information über die Auswirkungen militärischer Einsätze und die Möglichkeiten ziviler Konflikttransformation bzw. friedensorientierter Alternativen generell.

Auf das Thema wird Stefan Maaß ja gleich noch intensiver eingehen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!